



Graz, am 10. März 2022

Geschätzte FriedensfreundInnen!

Die politisch verordneten Einschränkungen in den beiden zurückliegenden Corona-Jahren hatten auch unsere Aktivitäten stark behindert. Das ist vor allem deshalb bedauerlich, weil wir ja in einer Zeit der global wachsenden Bedrängnis des Friedens leben und also im Gegenteil eine intensiviertere Friedensarbeit notwendig gewesen wäre. Das galt ständig für die zahlreichen außereuropäischen Kriege. Mit dem Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sehen wir uns jetzt aber neuerlich in unserer geopolitisch nahen Nachbarschaft besonders herausgefordert. 23 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Jugoslawien kommen Soldaten und hochtechnische Waffensysteme erneut auch in Europa als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zum Einsatz. Auch wenn es für den Angriff auf die Ukraine einen „Vorkrieg“ gab, den der Westen maßgeblich mitgestaltet hat, so kann es für den kriegerischen Völkerrechtsbruch Russlands keine Rechtfertigung geben.

Niemand kann heute mehr vor den zunehmenden globalen Krisenphänomenen die Augen verschließen. Viele einzelne Ereignisse und Symptome sind bekannt, wir versuchen sie in neun kurzen Punktationen zusammenzufassen:¹

- In Europa sind wir mit einem - zunächst vor allem von der NATO fahrlässig oder bewusst herbeigeführten² **„Neuen Kalten Krieg“** konfrontiert. Als Gegenleistung für die Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands stellten die maßgeblichen westlichen Politiker (Bush, Baker, Kohl, Genscher) den damaligen sowjetischen Führern (Gorbatschow, Schewardnadse) die Zusage in Aussicht die Ostgrenze der NATO nicht nach Osten vorzuschieben.³ Das Gegenteil geschah: Nach der Wiedervereinigung Deutschlands, dem Ende der Sowjetunion und der Auflösung des östliche Militärblocks nutze die NATO unter Führung der USA die politische Schwäche Russlands um ihre Grenze im Baltikum und in Polen direkt an die Grenzen Russlands heranzuschieben. Anstatt sich ebenfalls aufzulösen, suchte sich die NATO zu ihrer Rechtfertigung neue Feindbilder und fand sie in der islamischen Welt und bald auch wieder in Russland.
- Die von den USA angeführte **Kriege des Westens gegen die „Achsen des Bösen“** (US-Präsident Reagan Ende der 1980er Jahre) und den **„Krieg gegen den Terror“** (US-Präsident George Bush jun. 2001) haben zu einer desaströsen

1 Wie immer in der Betrachtung globalgeschichtlicher Vorgänge, ist es dabei entscheidend abseits von peripheren Einzelereignissen die großen, machtpolitisch relevanten Zusammenhänge ins Auge zu fassen.

2 Z.B. blieb Wladimir Putins Appell in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag 2001 eine gemeinsame neue europäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln ohne entsprechende Reaktion des Westens. Im Gegenteil: Die NATO antwortete 2004 mit der 2. Runde der NATO-Osterweiterung und stand damit in Polen und im Baltikum direkt an den Grenzen Russlands, 30 Raketen-Flugminuten vor der alten russischen Metropole St. Petersburg. Auch Putins warnende Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, Russland werde die Gefährdung seiner Sicherheitsbedürfnisse durch die fortschreitende Ostexpansion der NATO nicht hinnehmen, blieb vom Westen ebenso unerwidert, wie seine dort gemachten konkreten Vorschläge zur Zusammenarbeit auf verschiedenen Politikfeldern.

3 US-Außenminister James Baker sprach gar von „not one inch“ einer NATO-Osterweiterung.

Destabilisierung unserer geopolitischen westasiatischen und nordafrikanischen Nachbarschaft geführt. Mit vielfach barbarischen Begleiterscheinungen und ungeheuren Kosten für Menschen und Natur.

- **Neoliberaler Kapitalismus und globaler Freihandel:** Der Kapitalismus steckt in einer anhaltenden Krise seiner Möglichkeiten der Kapitalverwertung. Im Interesse der großen Kapitalfraktionen des globalen Nordens, Chinas und der ölreichen Golfmonarchien versuchen deren politische Eliten dieser tiefen Krise des Systems der Profitmaximierung in einer mehrgliedrigen Strategie zu begegnen:
 - > **In der Realwirtschaft** wurden marktradikale Reformen durchgesetzt, Betriebe rationalisiert, öffentliche Unternehmen privatisiert, Konkurrenzmechanismen verschärft, Produktionsstätten in Billiglohnländer verlagert, eine erhöhte Zahl von Arbeitslosen zugelassen, ArbeitnehmerInnenrechte abgebaut, Mittelschichten in Abstiegsängste und Unterschichten in prekäre Lebensverhältnisse gedrängt, etc.
 - > **Die Sphäre des reinen Finanzkapitalismus** wurde extrem ausgeweitet und über Konzernbildungen und Börsenspekulationen eine Reichtumsexplosion in den Händen einer schmalen Schicht von Superreichen in die Wege geleitet. Die von den reichen Schichten verstärkt abhängig gewordene politische Klasse halfen mit Steuergeschenken an die kapitalstarken Schichten die Reichtums-Armuts-Kluft stark zu vergrößern.
 - > **Globale wirtschaftsexpansionistische Vorwärtsstrategien** wurde geplant und umgesetzt. Das konkurrierende kapitalistische System Russlands mit seinen riesigen Ressourcen und das staatskapitalistisch gelenkte System Chinas gelten für den westlichen Bedarf an Bodenschätzen, Investitions-, Produktions- und Absatzmöglichkeiten als störende Hindernisse. Dort wo die Interessen dieser expansiv-imperialen Blöcke zusammenstoßen, drohen Stellvertreterkriege oder zeichnen sich, wie im pazifischen Raum zwischen den USA und China, gar Konflikte in Weltkriegsdimensionen ab.
 - > **Der neokoloniale Zugriff** auf die Wirtschaften und Gesellschaften des globalen Südens wurde verstärkt. Mit neoliberalen Freihandelsverträgen versucht auch die EU diese ausbeuterisch-neokolonialen Wirtschaftsbeziehungen neu und zugleich dauerhaft zu gestalten. Weitere Verelendung und politische Zerrüttung vieler Gesellschaften des globalen Südens sind die zwingenden Folgen dieser kurzsichtigen Politik.
- **Die globale ökologische Krise:** Der langdauernde rücksichtslose Umgang mit der Natur führt immer häufiger zu schweren konflikttreibenden Verwerfungen in den nationalen Sozialsystemen; die Überfischung der Weltmeere durch industrielle Fangflotten des globalen Nordens bringen Millionen Küstenbewohner im globalen Süden um ihre Existenz; der Pestizideinsatz, die Bodenverdichtung und der Humusabbau in der von Monokulturen geprägten industriellen Landwirtschaft verursachen Artensterben, Biodiversitätsverluste und den Zusammenbruch ökologischer Regelkreise. Die in den letzten Jahrzehnten exponentiell gesteigerte Nutzung fossiler Energien bescherte uns das Treibhausproblem und den nicht mehr zu leugnenden Klimawandel.
- **Globale Migrationsbewegungen:** Die neokoloniale Vernichtung traditionell-naturnaher, lebenssichernder Subsistenzwirtschaften, der Klimawandel, despotische Herrschaftssysteme, Kriege und Bürgerkriege veranlassen Abermillionen Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Das löst in den oft selbst sehr armen Nachbarländern weitere schwere soziale und politische Konflikte aus. Relativ wenige schaffen es in die abgeschottete „Festung Europa“. Geschürt durch xenophobe Ideologien und Parteien wird dadurch in weiten

Kreisen der europäischen Bevölkerung der Boden für antidemokratische autoritär-rechte Politiken aufbereitet.

- **Die Rüstungs- und Militärwirtschaft boomt.** Laut den Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI lagen die weltweiten Ausgaben im Jahr 2020 bei fast zwei Billionen US-Dollar. Allein auf die USA entfielen davon 39%. Der Militäretat der USA übersteigt jenem Russlands um mehr als das 12-fache. 56 % der globalen Rüstungsausgaben entfallen auf die Mitgliedsstaaten der NATO. Zusammen mit den mit der NATO eng kooperierenden Staaten (Saudi-Arabien, VAR, Israel, Südkorea, Japan, Australien usw.) summieren sich diese Kosten auf nahezu 3/4tel der globalen Militärausgaben.
Mit dem vorgegebenen Ziel der NATO, diese Ausgaben auf mindestens 2% der jeweiligen Volkswirtschaftsleistung ihrer Mitglieder anzuheben, wird die Rüstungsspirale weiter vorangetrieben. Die EU zeigt auf Basis ihrer „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ - GSVP mit ihrer „Ständig Strukturierten Zusammenarbeit“ - SSZ/PESCO eine analoge Entwicklung. Eine EU-Armee ist geplant. Aktuell wendet sich Deutschland rasant von den notwendigen Lehren aus dem 2. Weltkrieg ab, liefert Waffen an die Ukraine und hat ein zusätzliches 100 Mrd. Euro Sonder-Aufrüstungsprogramm beschlossen. Nahezu alle Atomwaffenstaaten modernisieren derzeit ihre nuklearen Arsenale. Neue, extrem effektive Waffensysteme wurden oder werden entwickelt, etwa von Russland, den USA, China und Frankreich die sogenannten Hyperschall-Trägersysteme. Ohne abgefangen werden zu können, können sie ihre atomaren Sprengköpfe mit einer bis zu 25-fachen Schallgeschwindigkeit in das Angriffsziel tragen. Die Gefahr liegt auf der Hand: Ohne dass der Gegner sich davor schützen könnte, sichern sich Staaten, die diese Waffen haben, eine garantierte Erstschlags- und dadurch gegebene extreme politische Erpressungsfähigkeit. Bezeichnend für die Macht des globalen militärisch-industriellen Komplexes ist auch: Während der Covid-19 Pandemie wurden weite Teile der Wirtschaft heruntergefahren oder gar stillgelegt, nicht aber der Rüstungssektor. Allein das Militärbudget der USA wuchs 2020 um 4,4 %. Und unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine stiegen die Aktien der Rüstungskonzerne stark an.
- **Österreichs militärische Neutralität ist zunehmend gefährdet.** Schon seit Ende der 1980er Jahre wurde sie durch Gesetzesänderungen salamitaktikartig ausgehöhlt. Nach dem EU-Beitritt 1995 haben wir 1998 die „Petersbergen Aufgaben“ übernommen. Sie verpflichten unser Bundesheer zur Teilnahme an „friedensschaffenden Kampfeinsätzen“. Mit der NATO befinden wir uns in einer problematischen „Partnerschaft für den Frieden“. Beim Aufbau einer EU-Armee sind wir mehr oder weniger offen mit dabei. Österreich beteiligt sich am Aufbau von EU-Battlegroups („EU-Schlachtgruppen“). Im Rahmen der „Ständig strukturierten Zusammenarbeit“ / SSZ hat sich die Regierung Kurz/Strache 2017 auf zukünftig stark steigende Rüstungsausgaben verpflichtet. Für gegen Russland gerichtete NATO-Großmanöver erlauben wir die Nutzung österreichischer Infrastrukturen. Für die kürzlich abgelaufene NATO-Übung „Defender Europe 21“, die größte seit Ende des 1. Kalten Krieges, hat die nunmehrige türkis/schwarz-grüne Bundesregierung den Durchtransport von 2000 fremden Soldaten und 800 Militärgeräten genehmigt. Manöverziel war es, die Verkehrsinfrastrukturen auf ihre Tauglichkeit für einen raschen Transport von NATO Truppen und Kriegsgerät nach Osten hin zu prüfen. Unsere zuvor „aktive Neutralitätspolitik“ wurde einer einseitigen Bindung an EU- und NATO-Interessen geopfert. Schmerzhaft deutlich wurde das aktuell in der Ukraine-Krise, in der sich die friedenspolitische Phantasie unserer Politik so verkümmert zeigte, dass sie nicht einmal mehr auf die Idee kam, unsere eigenen guten

Erfahrungen als neutraler Staat als Modell für eine „Neutralisierung der Ukraine“ auf die Tagesordnung der europäischen Politik zu bringen. Ebenso blieben Initiativen zur Ausarbeitung einer neuen europäischen Sicherheits- und Friedensarchitektur im Rahmen der Wiederbelebung des Helsinki-Prozesses aus. Statt dessen kündigte Kanzler Nehammer die rasche Anhebung der Ausgaben für das Bundesheer um 600 Mio € von derzeit 2,7 auf 3,4 Mrd. Euro bzw. von 0,7 auf 1 % des Bruttonationalprodukts an. Militärs, politische Parteien (NEOS, Teile der ÖVP) und einzelne Massenmedien⁴ gebärden sich darüber hinaus überhaupt als Rammböcke für die Beseitigung der Neutralität und den Beitritt zur NATO, dem militärischen Arm der Wirtschaftshegemonie des Westens. Ohne zu bedenken, wer dessen aktuelle wirtschaftliche Opfer sind, will man mitkuseln im imperialen Machtblock und ohne an einen Gedanken an zukünftige militärische Opfer dieser Übermacht, will man bei Bedarf auch wieder mitmarschieren.

- **Politik der Angst:** All das sattelt auf einer großangelegten medialen Angstmache. War es zwei Jahre lang die täglich üppige Berichterstattung über die Corona-Pandemie, so wird sie jetzt übergangslos von einer neuen Russenangst abgelöst.
- **Frauen sind von Krisen und Kriegen besonders betroffen:** Frauen leisten weltweit bis zu 75 % der Arbeit, in der Produktionsarbeit unbezahlt, in der Reproduktionsarbeit meist völlig unbezahlt. Sie sind - vor allem im globalen Süden - zusammen mit den Kindern durch Unrechtsstrukturen, Armut, Bildungsmangel, patriarchaler Unterdrückung und sexualisierter Gewalt besonders betroffen. Das gilt verstärkt in Kriegszeiten. Die Lösung der Probleme von Gewalt und Krieg ist ohne starke Förderung der Interessen von Frauen nicht möglich. Frauenbewegung und Friedensbewegung sind Schwestern, sie brauchen sich gegenseitig.
- **Die UN-Entwicklungsziele für 2030:** 2015 hat die UNO 17 globale Ziele formuliert. Sie sollen bis 2030 umgesetzt werden. Um diese friedenssichernden Ziele auch nur annähernd zu erreichen, wäre es notwendig die Ausgaben für Rüstung und Militär massiv abzubauen und umzuschichten („Friedensdividende“). Nachdem die Ziele des 1. UN-Entwicklungsplans 2000 - 2015 („Millenniumziele“) weitgehend verfehlt wurden, ist ohne tiefgreifende Änderung der männerdominierten globalen Wirtschafts- und Machtstrukturen ein ähnliches Scheitern absehbar.

Unsere zurückliegenden Aktivitäten

Diese Rahmenbedingungen stellen für die Internationale Friedensbewegung gewaltige Herausforderungen dar. Die AktivistInnen der Steirischen Friedensplattform haben in den letzten Jahren - oft vernetzt mit anderen NGOs - mit Flugblättern, Infoständen, Unterschriftensammlungen für Petitionen, Vortrags-Diskussions-Veranstaltungen und Exkursionen verschiedene Themen bearbeitet. Beispiele: Veranstaltungen zum EU-Afrika-Freihandelsvertrag, Veranstaltungen zur EU-Strategie einer „Ständig strukturierten Zusammenarbeit“/SSZ/PESCO als Vorbote der Entwicklung einer hegemonialen EU-Armee, Besuch der NS-Gedenkstätte am Feliferhof, „Nicht ganz kosher“-Konzert mit Nirit Sommerfeld, Erich Fried-Lesung mit Rolf Becker, Spaziergang durch das Afrikanische Graz, Kanaan-Filmtage, Mitorganisation der Fahrt zum Grab des Friedenspriester Johannes Ude in Grundlsee, Vorträge zu Kolumbien, Venezuela, Burkina Faso, Radtour zu Grazer Kriegs- und Kriegerdenkmäler.

⁴ So lautete etwa der Titelbild-Slogan der Kleinen Zeitung am 5. Februar 2022: „Der beste Schutz für Österreich ist der Beitritt zur NATO“.

Unserem beschränkten Aktivistenkreis entsprechend haben wir uns aber thematisch vor allem auf drei Bereiche konzentriert: 1. Auf die Mitarbeit am Projekt „Rüstungsatlas Österreich“, 2. Auf die gegen Russland gerichteten Militärstrategien von NATO und EU und im Zusammenhang damit der Demontage unserer „immerwährenden Neutralität“, und 3. Auf den Konflikt um das historische Palästina. Dabei entwickelten wir eine deutlich solidarische Haltung für die seit Jahrzehnten von der ethnozentrisch-kolonialistischen Politik Israels hart unterdrückten und von der Verdrängung bedrohten Palästinenserinnen.

Zielscheibe der „Freunde Israels“

Im Zuge dieser letztgenannten Orientierung haben wir auch mit dem österreichischen Zweig der gewaltfreien und inzwischen international erfolgreichen palästinensisch-zivilgesellschaftlichen BDS-Bewegung⁵ zusammengearbeitet. Von Graz aus haben wir in Wien die österreichweite Plattform „Palästina Solidarität Österreich“ initiiert. Unsere Kritik an der Politik Israels hat allerdings zur Folge gehabt, dass wir zunehmend in den Focus proisraelischer Lobbys geraten sind und diese uns mit dem Vorwurf des „israelbezogenen Antisemitismus“ denunzieren. Nach längerem Druck dieser Lobbyisten⁶, haben der Gemeinderat von Graz und der Landtag Steiermark Beschlüsse gefasst, palästina-solidarischen Gruppen, die BDS unterstützen keine öffentlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen und Vereinen und Privatunternehmungen, die für solche Aktivitäten auch nur passiv (z.B. durch die Überlassung von Räumen) unterstützen, die Förderungen zu streichen. Dass mehrere deutsche Gerichte das als unerlaubte Verletzung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit verurteilt haben und ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, BDS als von der EMRK gedeckt sieht, kratzt die Verantwortlichen der Menschenrechtsstadt Graz bis dato freilich nicht.

Probleme für unsere Veranstaltungstätigkeit

Obwohl wir ohnehin keine öffentlichen Förderungen bekommen und auch nie darum ansuchen, stellt uns das nunmehr bei unserer Veranstaltungstätigkeit vor Probleme. Wir haben seit 2004 jährlich 4 - 6 Vortrags-/Diskussions-Veranstaltungen durchgeführt, oft mit renommierten ReferentInnen. Weil diese natürlich auch Kosten verursachen, waren wir bisher zwecks Teilung der Kosten bemüht, andere Vereine und Institutionen als Mitveranstalter zu gewinnen. Seit den Beschlüssen der Stadt und des Landes ist das aber nicht mehr möglich, weil alle Angst haben, ihre aktuellen Förderungen oder die zukünftig allfällig erwünschte Förderfähigkeit zu verlieren. Diese Kontaktangst gegenüber der Friedensplattform gilt selbst für Veranstaltungsthemen, die mit dem Israel-Palästina-Konflikt nichts zu tun haben.

Hinsichtlich unserer Weiterarbeit wünschen wir uns:

1. Wir möchten die von uns zu bearbeitende friedenspolitische Themenpalette erweitern und uns organisatorisch breiter aufstellen. Das wird aber nur möglich sein,

5 BDS steht für **B**oycott, **D**esinvestment (= Kapitalabzug), zwischenstaatliche **S**anktionen. Die Bewegung orientiert sich an Gandhi und an den internationalen Aktivitäten zur Überwindung der Apartheid in Südafrika. Die Bewegung wurde 2005 von 170 Gruppen der Palästinensischen Zivilgesellschaft gegründet um zwischen den Strategien der PLO/Fatah und der Hamas einen dritten Weg zu entwickeln.

6 In Graz und der Steiermark gab es dabei die interessante Kombination des koordinierten Auftretens von FPÖ, Kronenzeitung und dem Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz, Mag. Elie Rosen. Entsprechend dem friedenspolitischen Grundsatz, zur Lösung von Konflikten das Gespräch zu suchen, haben wir letzteren per Schreiben um ein solches ersucht. Ohne Erfolg.

wenn **neue AktivistInnen** zu uns stoßen. InteressentInnen bitten wir, sich bei uns zu melden. Kontakt: friedensplattform@gmx.at

2. Friedenspolitische Vorträge mit namhaften ReferentInnen, Diskussionen, Filmabende usw. können wir theoretisch natürlich auch ohne MitveranstalterInnen durchführen. Das setzt aber voraus, dass wir **unsere Einnahmen erhöhen** können. Darüber hinaus gibt es natürlich notwendige Sachausgaben, etwa für unsere Info-Stände (Flugblätter, spezifische Info-Broschüren, Plakate, etc.). Sollten Sie/solltest Du bereit sein, dazu einen Beitrag zu leisten, so bitten wir, dies zu tun. Am liebsten wären uns Zahlungen per Dauerauftrag, aber natürlich sind wir auch für Einmal Spenden sehr dankbar. Wir ersuche dafür unser **Konto IBAN AT94 4300 0100 0005 2128** zu verwenden. Aber so wichtig es ist, für die Friedensarbeit eine finanzielle Grundlage zu haben – allemal wichtiger ist uns Dein/Ihr persönliches Engagement!

3. **Ausbruch aus den abgeschlossenen Echokammern des Internet!** Die sozialen Bewegungen stehen vor riesigen Herausforderungen. Nur vor dem PC sitzend und allein mit dem Smartphone in der Hand, werden wir sie nicht bewältigen. Im notwendigen Widerstand gegen die Mechanismen der Zerstörung und zur Stärkung lebensfreundlicher Entwicklungen brauchen wir einander. Auch und gerade in der persönlichen Begegnung und gemeinsamen Aktivität!

5. **Weg von der Graz-Zentrierung!** Um unserem Namen gerecht zu werden, sind wir bestrebt, eigenständige friedenspolitische Gruppen und Aktivitäten auch außerhalb von Graz zu initiieren.

6. Um neue Interessenten anzusprechen und/oder dezentrale Gruppen zu initiieren und zu unterstützen, bieten wir Schulungsmodule in Form von **Vortrags-, Diskussionsrunden zu vier Themen** an:

- > Aktuelle Herausforderungen der Friedensbewegung
- > Rüstung, Militär, Krieg, Umwelt und Klima
- > Projekt „Rüstungsatlas Österreich“
- > Den Palästina-Konflikt verstehen

Wo uns Gelegenheit dazu geboten wird, nehmen wir auch gern die Möglichkeit eines persönlichen Gesprächs wahr. Zur Terminvereinbarung bitten wir um einen Anruf unter 0677 61 39 29 90 (Franz Sölkner). Per Email sind wir unter friedensplattform@gmx.at zu erreichen.

Weitere Informationen finden sie auf der Webseite <http://www.friedensplattform.at/> und auf facebook <https://www.facebook.com/steirischefriedensplattform/> .

Für Rückmeldungen zu diesem Brief und Ratschläge für unsere Weiterarbeit, vor allem aber für Mitarbeit, sind wir dankbar.

Mit solidarischen Friedensgrüßen,

Franz Sölkner, Obmann

Veronika Rochhart, Schriftführerin